

26. April 2014

Die Fragen stellte Marian Luca, Osteuropa-Wissenschaftler, Sozialpädagogischer Mitarbeiter bei „Südost Kultur e.V.“, Berlin.

Marian Luca:

Frau Bundeskanzlerin, es ist für mich eine besondere Ehre, Sie zu der aktuellen Situation der Sinti und Roma in Deutschland interviewen zu dürfen. 2012 wurde das Denkmal für die im Nationalsozialismus ermordeten Sinti und Roma eingeweiht. Es bringt auch die Verpflichtung zum Ausdruck, den Rechtsextremismus konsequent zu bekämpfen. Rechtsextremisten schüren jedoch unter dem Deckmantel der Presse- und Meinungsfreiheit Hass gegen Roma. Nächste Woche treffen Sie den Zentralrat Deutscher Sinti und Roma. Plant Ihre Regierung, das gesetzlich zu verbieten?

Bundeskanzlerin Merkel:

Der Kampf gegen Rechtsextremismus, Rassismus, ist bei uns tägliche Arbeit. Und es gibt auch die notwendigen rechtlichen Paragraphen, aber die sind, glaube ich, nicht alleine ausreichend. Sondern wir brauchen ein gesellschaftliches Klima, in dem jeder weiß, dass Rassismus und Nationalismus und andere extreme Bewegungen, Rechtsextremismus, verboten sind und dass auch Zivilcourage gezeigt werden muss, wenn uns im Alltag so etwas begegnet. Die Eröffnung des Mahnmals für die ermordeten Sinti und Roma war für mich ein sehr bewegender Moment. Und ich glaube, die Tatsache, dass im Zentrum Berlins, ganz dicht beim Reichstag, bei unserem Parlament, eine solche Gedenkstätte, eine so beeindruckende Gedenkstätte ist, ist auch eine immerwährende Aufforderung, nicht nachzulassen und nie zu vergessen, was in der Geschichte geschehen ist, und damit sicherzustellen, dass sich das in der Zukunft nicht wiederholt.

Gerade erst hat Amnesty International darauf hingewiesen, die rassistische Gewalt gegen Roma sei in mehreren EU-Mitgliedstaaten zum Alltag geworden. Amnesty International spricht von systematischer Diskriminierung der Roma, die oft stillschweigend hingenommen werde. Wie bewerten Sie diese Aussagen?

Diese Hinweise von Amnesty International müssen wir nicht nur ernstnehmen, sondern ihnen auch nachgehen. Es gibt Benachteiligungen und Vorurteile gegenüber Sinti und Roma; das zu leugnen, hieße, dass wir uns der Realität nicht stellen. Das gibt es auch in Deutschland. Und für mich ist die Aufgabe deshalb, dass man sich auch besser kennenlernt, dass man mit diesen Vorurteilen aufräumen kann, dass man sich auch die Biografien vieler Sinti und Roma anschaut - schaut, wie sie sich erfolgreich in unsere Gesellschaft einbringen. Aber wenn ich zum Beispiel in der nächsten Woche mit dem Zentralrat der Sinti und Roma spreche, dann werden mir sicherlich wieder viele solcher Einzelbeispiele - ob es bei der Wohnungsvermietung, ob es beim Mieten eines Urlaubsplatzes auf einem Campingplatz ist - berichtet werden. Und ich werde alles daran setzen, damit wir - gemeinsam mit den Ländern und auch den Kommunen - dem Einhalt gebieten. Das bedeutet natürlich auch, dass wir dort, wo Situationen sind, die nicht gut sind, auch die Dinge beim Namen nennen, weil sonst die Bevölkerung den Eindruck hat, dass man etwas unter den Tisch kehrt. Darum geht es nicht. Aber es geht darum, dass es faire Chancen für alle in unserem Lande gibt.

Wegen der sozialen und wirtschaftlichen Situation wandern ja viele EU-Bürger nach Deutschland aus. Die Praxiserfahrung der Integration, die ich auch persönlich mache, zeigt positive Entwicklungen. Ziel der Integration ist es aber auch, die Situation der sogenannten

Armutszuwanderer unmittelbar in ihren Herkunftsländern zu verbessern. Was tut die Bundesregierung dafür?

Ja, da haben Sie absolut recht, denn viele gehen ja gar nicht freiwillig nach Deutschland, sondern sie fühlen sich dazu gezwungen. Deshalb haben wir seitens der EU ja erhebliche finanzielle Mittel, um auch die Situation der Sinti und Roma oder auch anderer Bürgerinnen und Bürger von mittel- und osteuropäischen Ländern in ihren Heimatländern zu verbessern. Und diese Mittel müssen auch eingesetzt werden. Wir erleben immer wieder, dass es noch viel Geld gibt, aber dass dieses Geld gar nicht angewandt wird. Deshalb sprechen wir, spreche ich zum Beispiel mit den Ministerpräsidenten, mit den Regierungen dieser Länder, um zu sagen: Können wir euch helfen, das Geld auch wirklich zielführend einzusetzen? Und auch dazu ist das Gespräch mit dem Zentralrat der Sinti und Roma für mich wichtig, weil ich dann aus dieser Gruppe noch einmal neue Informationen bekomme. Aber ich führe nicht nur dieses Gespräch, sondern ich unterhalte mich natürlich auch mit anderen Gruppen aus diesen Ländern.

Die Bildung ist der einzige Weg zur Bekämpfung der Ausgrenzung der Sinti und Roma in Deutschland und Europa. Was unternimmt Ihre Regierung, damit Sinti und Roma besser in das deutsche Bildungssystem integriert werden?

Wir unterstützen erst einmal den Zentralrat institutionell und auch das dazugehörige Dokumentationszentrum in Heidelberg - dort kann man alle möglichen Informationen bekommen. Die Bundeszentrale für politische Bildung macht viele Aktivitäten, die auch gerade das Leben und die Geschichte der Sinti und Roma im Mittelpunkt haben. Wir schauen aber auch, dass das Ganze in die Breite geht. Das heißt, nicht nur das Kulturstatsministerium hier im Kanzleramt oder die Förderung der Sinti und Roma durch die Bundesregierung, sondern auch die Lehrpläne der Bundesländer enthalten - glücklicherweise - heute in vielen Teilen auch schon etwas über die Gruppe der Sinti und Roma. Und ich glaube, das Beste ist immer noch die persönliche Begegnung. Einfach einmal Menschen aus einer Gruppe kennenzulernen, von der man vielleicht sonst nur liest. Und dafür setze ich mich auch ein.

Frau Bundeskanzlerin, die Kultur der Roma ist ein wichtiger Teil der europäischen Geschichte und bleibt der breiten Öffentlichkeit leider immer noch unbekannt. Die Einrichtung eines Studiengangs der Kultur und Sprache der Roma an den deutschen Universitäten wäre ein wichtiger Schritt zur Sensibilisierung der Gesellschaft in dieser Richtung, aber auch zur Stärkung des Bewusstseins der Roma. Würden Sie eine solche Initiative begrüßen bzw. unterstützen?

Ich persönlich bin ja jetzt nicht so zuständig für die Hochschulpolitik, weil das bei uns die Bundesländer machen. Aber im Gespräch mit den Bundesländern werden wir durchaus dafür werben, dass auch hier, über die Studiengänge, einfach mehr Kenntnis angeboten wird - sei es über Spezialisierungen aus Grundstudiengängen heraus oder auch über alleinige. Aber ich werde diese Anregung gerne aufnehmen und finde sie im Grundsatz gut.